

Fortsetzung: Baugebiet Western Horse Lodge

hat. Der erholungs- und freizeitmäßige Charakter des gesamten Gebietes wird dadurch gravierend verändert, der mit der zur Zeit bestehenden Pferdehaltung, dem Hofgut Dippelshof, dem Golfclub, dem Naturfriedhof und der reduzierten Bebauung gegeben ist. Diese Sichtweise entspricht auch den Empfehlungen der Naturschutzverbände BUND, Nabu und anderen.

Es ist nach unserem Verständnis auch utopisch, bei 13 Wohneinheiten von keiner Mehrbelastung des KFZ- und Zubringerverkehrs zu sprechen. Selbst bei bestem Willen gibt es witterungs- und krankheitsbedingte Situationen, wo das Auto benutzt wird, und Absprachen gemeinsamer Nutzung auf Dauer nicht zu verwirklichen sind. Das Neubaugebiet dient auch nicht alleine der privaten Nutzung,

sondern auch beruflichen Zwecken, d.h. es ist mit unterschiedlich starkem Kundenverkehr zu rechnen. Dieser Verkehr wird immer durch Traisa fließen, es wird keine alternative Straßenführung geben, wie eine Umgehungsstraße oder eine Verkehrsanbindung nach Roßdorf oder Ober-Ramstadt.

Wir sprechen uns nicht gegen dieses Bauprojekt aus, nur nicht an dieser Stelle. Wobei die Begrifflichkeit des Mehrgenerationenwohnens irreführend ist. Bei 13 Wohneinheiten sind immer mehrere Generationen vertreten, es ist also eine ganz normale Wohnbebauung – leider im Außenbereich. Warum kann die ursprüngliche Idee eines Freizeitgeländes nicht einfach umgesetzt werden, ob mit oder ohne Pferde?
Ruth Breyer

Mit Martin Schulz on Tour: „Jetzt ist Schulz!“



Beim Europafest in Dortmund hat der Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokratie Martin Schulz am Freitag eine umjubelte Rede gehalten. Vor über 2000 Menschen machte der 58-Jährige klar: „Ich will Kommissionspräsident werden!“

„Wir haben einen bei uns, der redet nicht nur – der bewegt Europa: Martin Schulz!“, rief die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zu dessen Begrüßung den jubelnden Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Wahlkampfkundgebung zu.

Martin Schulz sei ein „Mensch, der was Besonderes schaffen kann“, so Kraft weiter. Als ehemaliger Bürgermeister der nordrhein-westfälischen Stadt Würselen wisse dieser, „wo den Menschen der Schuh drückt.“ Dies mache seine Kandidatur besonders stark.

Immer wieder wurde Krafts Rede von lauten Sprechchören untermalt, die „Martin! Martin!“ oder „Jetzt ist Schulz!“ riefen. Der gesamte Platz vor der Reinoldikirche in der Dortmunder Innenstadt war trotz des schlechten Wetters prall gefüllt.

Die 52-Jährige rief alle Wählerinnen und Wähler auf, am 25. Mai ihr Kreuz bei der SPD zu machen. Eine starke Wahlbeteiligung und ein starkes Ergebnis für die SPD seien dabei nicht nur die Bedingung, um Schulz zum Kommissionspräsidenten zu machen – es gehe auch darum, rechte Parteien aus dem Europäischen Parlament herauszuhalten: „Wir wollen kein braunes Europa – wir wollen ein sozi-

ales Europa!“ Auch Schulz warnte in seiner Rede eindringlich vor dem zunehmenden Rechtspopulismus in Europa: „Wir haben keine Zugangsvoraussetzungen mehr bei dieser Wahl. Deshalb könnten Rechtsextremisten im nächsten Europäischen Parlament sitzen.“ Jede Demokratin und jeder Demokrat, egal welcher Partei, habe deshalb die Aufgabe, am 25. Mai wählen zu gehen, um dies zu verhindern. Doch nicht nur deshalb sei diese Europawahl am 25. Mai so wichtig, betonte Schulz: „Zum ersten Mal bestimmen die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stimme für die Abgeordneten, wer der nächste Europäische Kommissionspräsident wird. Ich will dieser Kommissionspräsident werden!“ „Die Krise ist erst dann vorbei, wenn 37 Millionen Menschen – darunter sechs Millionen Jugendliche – einen Job haben.“ Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wolle er die europäische Industrie und den Mittelstand stärken, denn: „die Finanzindustrie schafft keine Arbeitsplätze“, betonte der 58-Jährige.

Auch auf das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA kam Schulz während seiner dreißigminütigen Rede zu sprechen: „Der Binnenmarkt der EU ist der reichste Markt der Welt und Handel für sich genommen ist nichts Schlechtes. Aber wer mit Europa handeln will, muss Europas Standards akzeptieren“, stellte Schulz klar.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kundgebung zeigten sich von Martin Schulz beeindruckt: „Das ist ein guter Mann“, sagte der 27-jährige Ralf nach der Rede von Schulz. „Keiner der anderen Kandidaten hat die Fähigkeit, die Befindlichkeiten der Menschen zu fühlen und in seine Politik umzusetzen.“

„Das ist ein authentischer Kandidat, der wieder bei den Menschen Begeisterung für Europa wecken kann“, fand auch die 44-jährige Inge.



Projekt Europa

In diesem Jahr sind in ganz Europa Bürgerinnen und Bürger in 28 Staaten aufgerufen, ihre Stimmen für die Wahl eines gemeinsamen Parlaments abzugeben. Viele der Aufgerufenen werden von diesem Wahlrecht Gebrauch machen, doch ein großer Teil der Bevölkerung wird sich der Stimme enthalten. Brüssel und Strasbourg und mit ihnen die EU scheinen weit entfernt zu sein,

Vor genau 100 Jahren zogen die Völker Europas jubelnd in einen Krieg, der Millionen das Leben kosten und das Gesicht des Kontinents für immer verändern sollte. In der Hölle von Verdun, in den Schützengräben Flanderns, an den Dardanellen und in Galizien verblutete eine ganze Generation. Nach dem Ende dieses Krieges waren die Feindbilder noch fester zementiert als



scheinen keinen Einfluss auf das Leben des Einzelnen zu haben. Es wird die Frage in den Raum gestellt „Was bringt uns Europa?“ Man könnte auf diese Frage mit Statistiken über die Verteilung von Fördermitteln, über die Stärkung der Wirtschaft und so weiter antworten. Wenn man aber zum Kern der Sache vorstoßen möchte, zu dem, was das „Projekt Europa“ ins Leben gerufen hat, zu dem, was Europa immer noch ausmacht, und zu dem Grund, aus dem Europa ein Gewinn für jede Europäerin und jeden Europäer ist, gibt es auf die Frage „Was bringt uns Europa?“ nur eine Antwort: Frieden. Europa ist im Kern seines Wesens ein Friedensprojekt.

zuvor. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten stürzte den Kontinent in einen weiteren, noch zerstörerischeren Krieg, der mit dem Menschheitsverbrechen der Shoa seinen Höhepunkt finden sollte. In den Ruinen des geteilten Europa, nach Millionen von Toten, beschlossen die ehemaligen Kriegsgegner Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Italien und die Niederlande zukünftig zusammen, statt gegeneinander zu arbeiten.

Aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde die Europäische Gemeinschaft und schließlich die Europäi-

Fortsetzung auf Seite 2

**Zur Gedenkveranstaltung aus Anlass
des Ausbruches des 1. Weltkrieges vor 100 Jahren
lädt die SPD Mühltal
am 17. Juli 2014 um 19.00 Uhr
in den großen Saal des Bürgerzentrums Nieder-Ramstadt ein.
Ansprache Gernot Scior**



Inhaltsverzeichnis

Projekt Europa	S. 1
Wille zur Haushaltskonsolidierung ist nicht zu erkennen	S. 2
Ausbau der „Aldi-Autobahn“	S. 3
Baugebiet Western Horse Lodge	S. 3
Mit Martin Schulz on Tour	S. 4

**Zu unserem Grillfest
an Fronleichnam,
dem 19. Juni 2014
ab 11.00 Uhr an
der Boschelhütte
laden wir recht herzlich ein.
Wir freuen uns
auf die Gespräche
mit Ihnen.**

Impressum

Verantwortlich i.S.d.P.:

Vorstand des
SPD-Ortsvereins Mühltal

Vorsitzende:

Ruth Breyer
In der Steinkaute 1A
64367 Mühltal
Tel. 0 61 51/ 95107 10
ruth-breyer@t-online.de
www.spd-muehlal.de

Gesamtherstellung:

Ralf-Hellriegel-Verlag
64295 Darmstadt
Tel. 0 61 51/88 00 63
www.wir-machen-drucksachen.de

Fortsetzung: Projekt Europa

sche Union. Aus 6 Staaten sind 28 geworden. In den Jahren nach Abschluss der Römischen Verträge erlebte Europa einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung. Heute, mehr als 60 Jahre später, steht Europa vor neuen Herausforderungen. Europa braucht ein Datenschutzrecht, das den Anforderungen des digitalen Zeitalters gerecht wird. Europa braucht eine klare Linie und mehr Engagement im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit. Europa braucht eine nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik, die verschuldeten Staaten hilft, wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen, ohne die soziale Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger dieser Staaten zu vergessen. Europa braucht ein gerechtes Steuersystem, das es Großverdienern nicht länger ermöglicht, die Gesellschaft um ihren Beitrag zu bringen. Europa braucht eine bessere Kontrolle des Finanzsektors. Die Sozialdemokratische Partei Europas mit ihrem Spitzenkandidaten Martin Schulz

EUROPAWAHL 2014

Europa neu denken. SPD

Wille zur Haushaltskonsolidierung ist nicht zu erkennen

Am Dienstag, den 08.04.2014 wurde der Doppelhaushalt 2014/2015 gegen die Stimmen der SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung verabschiedet. Der Doppelhaushalt der Gemeinde Mühlthal sieht für das Jahr 2014 im Ergebnishaushalt einen Fehlbetrag von rund 1,9 Millionen Euro und für das Jahr 2015 einen Fehlbetrag von rund 1,2 Millionen Euro vor. Hierbei wurden jedoch noch nicht die Kosten für den flächendeckenden Breitbandausbau von über 200.000 Euro, sowie die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst berücksichtigt. Die fehlenden Mittel muss die Gemeinde Mühlthal durch weitere Kreditaufnahme (Neuverschuldung) decken. Einerseits ist die schlechte Haushaltslage durch die zusätzlichen gesetzlichen Pflichtaufgaben, z.B. im Bereich der Kinderbetreuung zu erklären. Hier hat das Land Hessen und der Bund die Kommunen zu neuen Aufgaben verpflichtet, allerdings nicht mit den dazu nötigen Finanzmitteln ausgestattet. Ohnehin beteiligt sich das Land Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern nur in geringem Maße an den Kosten für die Kinderbetreuung. Auch die Entnahme von rund 350 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich durch die schwarz-gelbe Landesregierung und die Fortsetzung dieses Kurses durch Schwarz-Grün verschärft weiter die katastrophale Haushaltslage der hessischen Kommunen.

hat diese Herausforderungen erkannt. Wir wollen uns dafür einsetzen, Europa sozialer und demokratischer zu gestalten. Wir wollen gute Arbeitsplätze schaffen und so Familien ein gesichertes Auskommen bieten. Unser Kandidat Santi Umberti steht insbesondere für die Verknüpfung der Kommunen mit Europa. Der größte Teil der Richtlinien und Verordnungen, die heute auf kommunaler Ebene umgesetzt werden, kommen schon heute von der Europäischen Union. Dieser Trend wird sich in Zukunft noch verstärken. Deshalb ist es wichtig, dass die Interessen der Städte und Gemeinden einen starken Vertreter im Europäischen Parlament haben und Europa einen starken Fürsprecher vor Ort.

Ein häufig genannter Grund dafür, nicht wählen zu gehen ist, dass Europa undemokratisch sei. Es ist wahr, dass die Organe der Europäischen Union nicht so demokratisch sind, wie sie sein sollten. Die EU zu demokratisieren bedeutet aber, das Europäische Parlament stärken. Je mehr Menschen sich an der Europawahl beteiligen, desto größer ist der Druck, das Europäische Parlament aufzuwerten. Es gibt einen einfachen Weg für jede Bürgerin und jeden Bürger, die EU ein Stück demokratischer zu machen: Geben Sie am 25. Mai 2014 Ihre Stimme ab. Ein starkes Parlament braucht ein starkes Votum.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen muss aber auch die Gemeinde Mühlthal ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Dies bedeutet für die SPD, dass einerseits alle Leistungen der Gemeinde Mühlthal auf den Prüfstand gehören, aber auch über weitere Steuererhöhungen nachgedacht werden muss. So wurde zwar erst im vergangenen Jahr die Grundsteuer B, die Gewerbesteuer und die Hundesteuer angehoben, jedoch ist ein Haushaltsausgleich noch nicht in Sicht. Da die politische Mehrheit in Mühlthal allerdings auch nicht bereit ist, schmerzliche Einsparungen wie z.B. die Investition von 140.000 Euro beim Bürgersaal Trautheim vorzunehmen, kommt es zu diesem katastrophalen Haushaltsergebnis.

Bisher war die politische Mehrheit in Mühlthal nicht bereit, im Hinblick auf den Haushaltsausgleich mutige Entscheidungen zu treffen. Die SPD fordert deshalb alle Fraktionen in der Gemeindevertretung Mühlthal auf, endlich alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Fehlbedarf zu verkleinern und die laufenden Kosten zu senken. Trotz der Ablehnung des Doppelhaushalts 2014/2015 finden viele Projekte die Zustimmung der SPD. Exemplarisch ist hier die Förderung der betreuenden Grundschulen oder die Sanierung des Sportplatzes in Nieder-Ramstadt zu nennen.

Matti Merker

Gerechte Verteilung der Verkehrsbelastung in allen Ortsteilen

Die SPD Mühlthal begrüßt, dass der Gemeindevorstand die endgültige Entscheidung über die Zukunft der Alten Dieburger Straße in die Hände der Gemeindevertretung gegeben hat. Für eine Öffnung/Schließung der Alten Dieburger



Bild: Ralf Hellriegel

Straße wäre formal nur die Untere Verkehrsbehörde, also alleine die Bürgermeisterin bzw. der Gemeindevorstand, zuständig, jedoch ist es angebracht, dass bei einer Frage mit solch weitreichender Bedeutung für die Gemeinde

Mühlthal die Gemeindevertretung an dieser grundlegenden Entscheidung beteiligt wird. Aus Sicht der SPD muss die Alte Dieburger Straße mindestens bis zum Abschluss der Kanalbauarbeiten in der südlichen Bergstraße für den motorisierten Straßenverkehr geöffnet bleiben. Bis dahin müssen u.a. folgende Punkte geklärt werden: Ist bei dem vorliegenden Verkehrsaufkommen der Feldweg bei einer Öffnung weiter in der vorliegenden Form zu nutzen oder muss er unter dem Aspekt der zeitgleichen Nutzung durch Fußgänger, Radfahrer und Kraftfahrzeuge ausgebaut werden? Was würde ein Ausbau mit Einbahnstraßenverkehr bzw. mit beidseitigem Verkehr kosten? Was bedeutet eine Schließung der verlängerten Alten Dieburger Straße für den Ortsteil Nieder-Ramstadt? Ist eine Einbahnstraßenregelung möglich? Kann man die Alte Dieburger als Anliegerstraße, bei den vielen Wohneinheiten, die noch über diese Straße angebunden sind, weiter bestehen lassen? Nachdem diese Fragen beantwortet sind, fordert die SPD Mühlthal, dass die Bürgerinnen und Bürger in einer öffentlichen Versammlung über den Sachstand informiert werden. Die SPD Mühlthal setzt sich weiterhin möglichst gerechte und solidarische Verteilung der Verkehrsbelastung in allen Ortsteilen der Gemeinde Mühlthal ein. Sie wollen die Arbeit der SPD unterstützen? Werden Sie Mitglied bei uns.



Baugebiet Western Horse Lodge

Nach wie vor kann die SPD nicht nachvollziehen, dass an dem Bauvorhaben Mehrgenerationen e.V. an dieser Stelle, nämlich der Western Horse Lodge, festgehalten wird. Obwohl der Ortsbeirat Traisa sich dagegen ausgesprochen hat, es eine Initiative Traisaer Bürger gibt, die sehr viele Unterschriften, ca. 400 gegen das Bauprojekt an dieser Stelle gesammelt haben, findet dies bei den entscheidenden Persönlichkeiten und den Parteien, außer SPD und Den Mühlthalern, hier im Parlament keine Beachtung.

Da stellen wir uns schon die Frage: Sind wir nicht die gewählten Vertreter der Gemeinde Mühlthal? Kann es sein, dass die Wünsche der Bürger mehrheitlich kein Gehör finden und auch bei der Entscheidungsfindung keine Rolle spielen?

Auch von öffentlichen Stellungnahmen gibt es kritische Anmerkungen. So verlangte ursprünglich das Regierungspräsidium Darmstadt ein Lärmgutachten, um für das überplante Gebiet die einwirkende Lärmimmission durch die Veranstaltungen des gegenüberliegenden Dippelshofes zu ermitteln. Es gelang den Vertretern des Bauvorhabens, die Nutzungsart in ein Sondergebiet SO 2 abzuändern. Die Änderung in ein Sondernutzungsgebiet wird mit der Hal-

tung von 5 Pferden gerechtfertigt. Die Ausweisung in ein Sondernutzungsgebiet besagt, dass die Anwohner mehr Lärm in Kauf nehmen müssen. Wurden oder werden die Käufer über diese Änderung adäquat informiert? Denn es ist sicherlich einschneidend für die Wohnqualität, die dadurch erheblich gemindert wird, wenn von ca. März bis Oktober an den Wochenenden Hochzeitsfeierlichkeiten im Dippelshof stattfinden.

Auch ist die Frage des Umgebungsschutzes für das Hofgut Dippelshof mit Parkanlage und dem Privatfriedhof Bullrich nicht geklärt. Die Nahverkehrsorganisation Dadina Darmstadt-Dieburg stellte fest, dass bei einer Entfernung von 1,2 km zwischen dem Plangebiet und der nächsten Haltestelle „Traisaer Datterichplatz“ keine Erschließung mit dem ÖPNV gegeben ist. Hier werden in erster Näherung Fahrradabstellplätze empfohlen. Desgleichen wird erwogen, Lösungen zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung zu finden und zusätzlich eine Radinfrastruktur zu schaffen. Alle diese genannten Punkte sind für die Gemeinde mit erheblichen Kosten verbunden – Geld, das die Gemeinde nicht

Fortsetzung auf Seite 4